



Foto: Landtag von Baden-Württemberg


## Infobrief aus dem Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

gestern haben wir gemeinsam mit der FDP für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gesorgt. Im Jahr 2018 hat die Landesregierung die Beteiligung des Landes mit einem eigenen Pavillon auf der Weltausstellung EXPO 2020 in Dubai verkündet. Das Projekt wurde als „Von der Wirtschaft für die Wirtschaft“ bezeichnet und sollte durch private Sponsoren getragen werden. Dazu wurde auch eine eigenständige Projektgesellschaft ohne Beteiligung des Landes gegründet. Für das Land war lediglich eine „protokollarische Begleitung“ vorgesehen. Nur eine landesspezifische Ausstellung sollte durch Steuermittel in Höhe von 2,8 Millionen Euro finanziert werden.

Am 22. September hat die Landesregierung in einem Kabinettsbeschluss die Teilnahme des Landes an der Expo unter neuen Rahmenbedingungen bestätigt. Aus einer Belastung für die Steuerzahler, im Umfang von 2,8 Millionen Euro, ist ein Kostenblock von mindestens 15 Millionen Euro geworden. Die richtige Idee und das sinnvolle Projekt einer punktuellen Wirtschaftsförderung ist vollkommen aus dem Ruder gelaufen. Hier sind Fehler von der Wirtschaftsministerin begangen worden, die jetzt großzügig von den Regierungsfractionen gedeckt werden - und die Kosten für diese Fehler müssen die Steuerzahler tragen. Aus dem Motto „Von der Wirtschaft für die Wirtschaft“ wird jetzt „Vom Steuerzahler für die Landesregierung“. Auch wenn es nur noch 5 Monate bis zur Landtagswahl sind, ist es Aufgabe der Opposition, solche Vorgänge zu prüfen und offen zu legen. Das werden wir in der Zeit bis zur Wahl tun.

Herzliche Grüße

  
Rainer Hinderer MdL

### **Direkte Demokratie? Nicht mit den Grünen!**

Auf Landkreisebene ist es für die Einwohner\*innen nicht möglich, ein Bürgerbegehren anzustrengen. „Nur bei uns und in Hessen wird den Bürger\*innen in den Kreisen diese Möglichkeit vorenthalten. Es wäre höchste Zeit gewesen, dass es hier zu einer Lösung kommt“, ärgert sich der kommunalpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Rainer Hinderer. „Und durch die Ablehnung aller Gesprächsangebote ist jetzt klar: auch unter einem grünen Ministerpräsidenten und unter

### Termine:

#### **Gedenkgottesdienst zum Stuttgarter Schuldbekenntnis**

Stuttgart,  
Markuskirche  
Sonntag, 18. Oktober  
10:00 Uhr

#### **Besichtigung des MOLIT-Instituts**

Heilbronn, WTZ  
Montag, 19. Oktober  
14:00 Uhr

#### **Rüstungsexporte - Mehr Frieden durch weniger Waffen**

Heilbronn, Heinrich-  
Fries-Haus  
Donnerstag,  
22. Oktober  
19:30 Uhr

#### **Forum Gesundheits- standort BW**

Online  
Freitag, 23. Oktober  
10:00 Uhr

#### **Bürger\*innen- sprechstunde**

Heilbronn,  
Wilhelmstraße 3  
Freitag, 23. Oktober  
17:30 bis 18:30 Uhr

einer grün geführten Landesregierung wird es nicht zu einer Verbesserung der demokratischen Teilhabe der Bürger\*innen in den Landkreisen kommen.“

Das Argument, dass Kreiseinwohner je nach Gemeinde von Kreis-Bürgerentscheiden zu stark unterschiedlich betroffen sind, kann mit einem Blick in andere Bundesländer widerlegt werden. „Fast alle Kreis-Bürgerentscheide bezogen sich auf Themen, die die gesamte Kreisbevölkerung - unabhängig von der Gemeinde - betrafen.“ Als Beispiele führt Hinderer unter anderem die Abfallentsorgung oder die Gesundheitsversorgung an.



„Baden-Württemberg wird damit auch zukünftig einen Sonderweg bei der Bürgerbeteiligung auf Landkreisebene gehen, für den es keine guten Argumente gibt. Chance vertan!“

Die ganze Rede von Rainer Hinderer gibt es hier: <https://www.landtag-bw.de/home/mediathek/videos/2020/20201014sitzung1283.html?t=0> (ab 1:14:00)

### **SPD fordert Änderungen beim Kommunalwahlgesetz**

Mit einem Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes will die SPD-Landtagsfraktion die Bewerbungen sogenannter Spaßkandidierenden für Bürgermeisterwahlen eindämmen. „Bislang müssen Kandidierende in Kommunen mit unter 20.000 Einwohner\*innen keine Unterstützerunterschriften vorlegen. Dies führt insbesondere in diesen Kommunen zu einem steigenden Bewerberfeld - und nur die wenigsten der Bewerber\*innen meinen ihre Kandidatur auch ernst“, erläutert Rainer Hinderer den Vorstoß der SPD. „Wir wollen hier aber keine zu hohen Hürden einziehen. Aber mit 10 Unterstützerunterschriften in Kommunen bis 3000 Einwohner\*innen, 20 Unterschriften in Kommunen bis 10.000 Einwohner\*innen und 30 Unterschriften bis 20.000 Einwohner\*innen sehen wir eine machbare Hürde für ernst zu nehmende Kandidierende.“

Nötig gemacht hat diesen Gesetzentwurf laut Hinderer die Entwicklung der letzten Jahre. Ein Kandidat hat in diesem Jahr zum 50. Mal bei einer Bürgermeisterwahl kandidiert. Ein anderer hat im Landkreis Heilbronn bei der Bewerbervorstellung einen Rauswurf aus der Halle kassiert. Bei der Bürgermeisterwahl in Bad Herrenalb gab es auf Antreiben einer Satirepartei 29 Kandidierende, von denen 24 aus dem Umfeld der Satirepartei stammten. „Wer eine Kommune leiten will, sollte vorab zumindest mal vor Ort gewesen sein. Wer sich ernsthaft um eine Kandidatur bemüht, wird sicher auch die nötigen Unterschriften bekommen. Die Annahme unseres Gesetzesentwurfs würde sowohl den Kommunen das Leben einfacher machen, aber auch die Wahlen zu Bürgermeistern nicht weiter ins Lächerliche ziehen. Ich bin gespannt, wie die Regierungsfaktionen in der zweiten Lesung dazu stehen.“

Die gesamte Rede gibt es zeitnah auf [www.landtag-bw.de](http://www.landtag-bw.de)

**„Hinter den Kulissen“ des Container-Terminals**

**Freitag, 30. Oktober  
16:00 Uhr**

**Anmeldung unter 07131 8987173**

#### **Kontakt:**

Abgeordnetenbüro  
Rainer Hinderer MdL  
Wilhelmstraße 3  
74072 Heilbronn

Tel.: 07131 8987141

Fax: 07131 8987151

E-Mail:

[info@rainer-hinderer.de](mailto:info@rainer-hinderer.de)